

20. Wahlperiode



## Deutscher Bundestag

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

## Wortprotokoll der 6. Sitzung

### **Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)**

Berlin, den 12. Oktober 2022, 14:30 Uhr  
Paul-Löbe-Haus  
2.200

Vorsitz: Sarah Lahrkamp, MdB

## Tagesordnung

**Tagesordnungspunkt 1 nichtöffentlich Seite 5**

Verschiedenes

**Tagesordnungspunkt 2 öffentlich Seite 5**

Öffentliches Expertengespräch zum Thema  
„Kinderarmut und strukturelle Faktoren“



Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und  
Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder  
(Kinderkommission)

## Inhaltsverzeichnis

Anwesenheitslisten	Seite 3
Sprechregister	Seite 4
Wortprotokoll	Seite 5



Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder  
(Kinderkommission)

## Anwesenheitsliste

### Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Unter-schrift	Stellvertretende Mitglieder	Unter-schrift
SPD	Lahrkamp, Sarah	<input checked="" type="checkbox"/>	Hostert, Jasmina	<input type="checkbox"/>
CDU/CSU	Lehrieder, Paul	<input checked="" type="checkbox"/>	Leikert, Dr. Katja	<input type="checkbox"/>
BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN	Fester, Emilia	<input checked="" type="checkbox"/>	Stahr, Nina	<input type="checkbox"/>
FDP	Seestern-Pauly, Matthias	<input checked="" type="checkbox"/>	Adler, Katja	<input type="checkbox"/>
AfD	Bollmann, Gereon	<input checked="" type="checkbox"/>	Storch, Beatrix von	<input type="checkbox"/>
DIE LINKE.	Reichinnek, Heidi	<input checked="" type="checkbox"/>	Akulut, Gökyay	<input type="checkbox"/>

### Gäste

Funktion	Name	Unter-schrift
Sachverständiger	Klärner, Dr. Andreas	<input checked="" type="checkbox"/>
Sachverständige	Schünemann, Steffi	<input checked="" type="checkbox"/>
Sachverständige	Stein, Anette	<input checked="" type="checkbox"/>



Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und  
Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder  
(Kinderkommission)

## **Sprechregister der Abgeordneten und Sachverständigen**

### Abgeordnete

Vors. Sarah Lahrkamp	5, 8, 11, 12, 16, 17, 18, 20, 22, 24, 25
Abg. Emilia Fester	17
Abg. Heidi Reichinnek	16

### Sachverständige

Anette Stein	5, 18, 23
PD Dr. Andreas Klärner	8, 11, 20, 24
Steffi Schünemann	12, 22



## Tagesordnungspunkt 1

### Verschiedenes

Siehe hierzu das separat gefertigte Kurzprotokoll.

## Tagesordnungspunkt 2

### Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Kinderarmut und strukturelle Faktoren“

#### Die Vorsitzende:

Ein herzliches Willkommen an Sie, schön, dass Sie da sind. Wir sind schon sehr gespannt.

Hiermit setze ich die Sitzung fort und möchte den Tagesordnungspunkt 2 aufrufen. Ich begrüße Sie zu unserem öffentlichen Expertengespräch zum Thema „Kinderarmut und strukturelle Faktoren“.

Wie immer wird von diesem öffentlichen Expertengespräch ein Wortprotokoll erstellt, das zu gegebener Zeit auf der Internetseite des Bundestages zugänglich ist.

Als Sachverständige darf ich ganz herzlich begrüßen

**Anette Stein**, Director des Programms „Bildung und Next Generation“ der Bertelsmann Stiftung;

**Privatdozent Dr. Andreas Klärner** vom Institut für Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen des Thünen-Instituts;

**und Steffi Schünemann**, Vorständin Verband und Sozialpolitik vom Landesverband der Arbeiterwohlfahrt Sachsen-Anhalt.

Wir heißen Sie herzlich willkommen und freuen uns, dass Sie uns heute hier mit Rat und Tat zur Verfügung stehen.

Diese Anhörung ist Teil eines größeren Komplexes, in dem wir uns als Kinderkommission mit dem Thema „Kinder in Armut“ beschäftigen.

Sie haben sich untereinander schon auf eine Reihenfolge geeinigt. Für jede von Ihnen stehen zunächst etwa 10 bis 15 Minuten zur Verfügung, um ins Thema einzuführen. Danach können wir dann in den Austausch treten. Spätestens gegen 16.30 Uhr müssten wir dann leider zum Ende kommen.

Ich würde sagen, wir verlieren keine Zeit und starten direkt.

Frau Stein, würden Sie bitte beginnen?

**Anette Stein** (Bertelsmann-Stiftung): Ich fange gerne an.

Soll ich meinen Bildschirm jetzt teilen?

Die **Vorsitzende**: Wenn Sie möchten, gerne, ja.

**Anette Stein** (Bertelsmann-Stiftung): Ja, dann drücke ich einfach auf Freigeben, richtig? Ja, genau.

Prima.

Also erstmal herzlich Dank für die Einladung und dass Sie das Thema heute auch behandeln und ja auch nicht zum ersten Mal, sondern tatsächlich auch in einer ganzen Serie.



Wir haben uns vorher auch schon abgestimmt, nicht nur über die Reihenfolge, und haben festgestellt, dass wir uns tatsächlich alle freuen, dass Sie sich heute dem Thema widmen.

Ich werde in meinem Beitrag jetzt drei Dinge mitbringen. Das erste ist eine empirische Datenlage, also sozusagen ein paar Zahlen zum Thema. Wahrscheinlich werden Sie einiges oder vielleicht sogar alles davon kennen, aber ich denke, um den Rahmen zu setzen ergibt das Sinn. Ich würde dann ganz kurz darauf eingehen, was heißt es eigentlich, in Armut aufzuwachsen. Ich weiß, dass meine Nachfolgenden das vertiefen werden, deswegen halte ich das kurz. Und dann tippe ich ganz kurz mal in die Richtung, was wir eigentlich an Konzepten vorschlagen. Auch das halte ich kurz, weil ich denke, das werden wir hinterher besser gemeinsam mit allen nach allen Inputs entsprechend vertiefen.

Insofern starte ich jetzt erstmal mit den empirischen Daten und Zahlen, die wir kennen über das ganze Thema „Betroffenheit von Kinder, wenn sie in Armut aufwachsen“. Sie wissen, denke ich, alle, dass das ein Dauerthema ist, was uns leider tatsächlich inzwischen seit zwei Jahrzehnten eigentlich mit fast unveränderten Zahlen begleitet. Das sind jetzt Zahlen aus dem Jahr 2020. Die Zahlen aus dem Jahr 2021 sehen nicht ganz anders aus. Am 20. Oktober werden die nächsten Zahlen veröffentlicht. Wenn, dann werden sie eher noch ein bisschen schlechter aufgrund von Corona und Krisenzeiten. Eigentlich muss man sagen, sie sind unverändert, obwohl ja Politik in den letzten Jahren wirklich viel versucht hat und getan hat. Aber es ist eben ein deutlicher Hinweis darauf, dass wir strukturelle Probleme haben und die dann auch strukturell angehen müssen. Die Zahlen, die Sie hier sehen, sind Zahlen aus einer kombinierten Betrachtung. Wir haben ja zwei Definitionen, die anerkannt sind, um die Armutgefährdung von Kindern zu beschreiben. Also einmal der Bezug von SGB 2 und zum anderen, wenn ein

Familienhaushalt mit weniger als 60 % des mittleren Einkommens klarkommen muss. Sinnvoll ist eine gemeinsame Betrachtung, wenn man das machen kann anhand der Statistik. Das ist möglich. Das sind die Zahlen. Daher wissen wir, dass ungefähr jedes 5. Kind in Deutschland armutgefährdet aufwächst. Wir wissen auch aus den Untersuchungen, dass das für die Mehrzahl aller Kinder, nämlich zwei Drittel aller Kinder, ein Dauerzustand ist, der mindestens drei Jahre oder länger dauert, was für einen Zeitraum eines Kindheitsleben tatsächlich schon sehr lang ist. Daraus erklärt sich auch, dass es solche gravierenden Folgen hat für ihr gesamtes Aufwachsen.

In Deutschland ist es sehr unterschiedlich verteilt, wie die Betroffenheit von Armut in den Bundesländern ist. Trauriger Spatenreiter ist das Land Bremen mit einer Quote von über 30 % von Kindern, die von Armut betroffen sind. In Bayern sind es 6 %. Für alle Bundesländer gilt aber, es gibt Städte in diesen Ländern, wo es eben eine sehr hohe Betroffenheit gibt und die auch deutlich über dem Durchschnitt liegt. Ich habe hier mal eine Auswahl mitgebracht für jedes Bundesland. Das Land, was den traurigen Spatenreiter hat, steht hier nicht drauf: in Nordrhein-Westfalen Gelsenkirchen mit über 41 % von betroffenen Kindern.

Ich weiß, dass Sie ja auch interessiert sind an dem ganzen Thema „Wie sieht es eigentlich aus mit Kindern, die Migrationshintergrund haben?“. Da ist insgesamt die Datenlage bisschen schwierig, weil wir Migration ja nicht erfassen. Deshalb können wir nur etwas sagen über Kinder beziehungsweise Familien, die den Status „Ausländer“ haben. Da ist es so, dass von den knapp 1,8 Millionen Kindern, die jetzt SGB 2 beziehen ungefähr 37 % einen Migrationshintergrund haben. Was wir aus der Forschung wissen, ist, dass es eigentlich nicht die Frage der Zuwanderung und des Migrationshintergrundes ist, sondern die sozioökonomische Lage eigentlich der ausschlaggebende Punkt ist. Es ist eben so, dass viele Familien, die aus dem Ausland



nach Deutschland gekommen sind, wo die Eltern niedrigeren Bildungshintergrund haben, deswegen schlechtere Einkommen haben und deswegen auch die sozioökonomische Lage der Familien oder der Kinder, die in den Familien aufwachsen, eben entsprechend schlecht ist. Deswegen überlagert dieser Hintergrund den eigentlichen Fakt, dass es doch sehr stark um sozioökonomische Benachteiligung geht.

Ganz besonders betroffen von Armut sind aber eben Kinder, die in allerziehenden Familien aufwachsen. Mehr als die Hälfte aller Kinder im SGB 2-Bezug leben in einer Einelternfamilie. Eine weitere große Gruppe der besonders Betroffenen sind die Kinder, die zwei oder mehr Geschwister haben. Wir nennen das Mehrkindfamilien. Diese Grafik zeigt sehr deutlich, wie stark betroffen eben Alleinerziehende sind und dass mit jedem Kind mehr das Risiko, in Armut aufzuwachsen, entsprechend groß ist. Das ist eine Entwicklung, die schauen wir uns auch schon ehrlicher Weise sehr, sehr lange, seit vielen Jahren, an, und es gibt deutliche Hinweise, die diese Zahlen zeigen. Wir haben ein strukturelles Problem. Deswegen wäre es wichtig, dass so auch anzugehen.

Das zur Faktenlage erstmal.

Jetzt ganz kurz. Was heißt es eigentlich – ich vermute, alle von Ihnen haben sich damit schon beschäftigt, dass Sie das auch wissen – auf einer individuellen Ebene in Armut aufzuwachsen? Es bedeutet einerseits eben, dass es wirklich begrenzt, es bedeutet aber auch, dass es beschämmt und es bedeutet, dass es ein Leben lang Chancen entsprechend bestimmt.

Zu den Grenzen sind hier sind ein paar Beispiele aufgeführt, ich weiß, dass Herr Dr. Klärner das nachher auch nochmal vertiefen wird im Bereich Mobilität. Es ist aber eben auch so, dass die Mehrzahl der Kinder, die in Familien mit niedrigen Einkommen aufwächst, einfach in zu kleinen Räumen

aufwächst. Das heißt, sie haben auch zu wenig Platz, um in Ruhe zu arbeiten, sich auf die Schule zu konzentrieren. Das war jetzt in den letzten zwei Jahren besonders gravierend. Das Gleiche gilt auch für die Ausstattung mit Internet. Ein Viertel der Kinder, das sind Zahlen vor Corona muss man sagen, haben keinen Internetzugang zuhause. Das war ja auch das Problem zum Teil, als es dann von heute auf Morgen ins Home-Office oder in das Home-Schooling ging.

Es beschämter aber auch, in Armut aufzuwachsen. Das Frappierende ist, dass eine Vielzahl von Kindern und Jugendlichen sich selber die Schuld dafür geben, dass die Situation so ist, weil sie denken, sie sind schuld, dass die Familie so wenig Einkommen hat. Sie erleben besonders häufig Gewalt und Ausgrenzung. Das ist wirklich erschreckend. Wir haben eine Studie vor ein paar Jahren gehabt, da waren wir selber ein bisschen erschrocken. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen, die also sowohl psychischer als auch körperlicher Gewalt ausgesetzt sind, ist deutlich höher, wenn sie in Familien aufwachsen, die wenig Geld haben.

Ja, das alles führt dazu, dass ihre Chancen auf Bildung, aber auch auf Gesundheit und Wohlbefinden insgesamt so stark eingeschränkt sind, dass sie wirklich auch schlechtere lebenslange Bedingungen haben und sich das auf ihr Leben auswirkt. Das führt auch dazu, dass sie sich deutlich von der Gesellschaft abwenden. Beispielsweise ist die Wahlbeteiligung viel, viel niedriger, was für uns natürlich auch ein Warnsignal sein muss, für unsere gesamte Gesellschaft.

Ich komme jetzt ganz kurz auf ein Gesamtkonzept, was wir in den letzten Jahren entwickelt haben. Wir haben das entwickelt zusammen mit einer Wissenschaftlerrunde, die interdisziplinär besetzt ist aus allen Disziplinen, die für Kinder, Familie und Politik relevant ist. Wir haben ein Gesamtkonzept, was aus drei Bausteinen besteht, wo man nicht sagen kann, man kann



das eine oder das andere machen. Sondern es funktioniert eigentlich nur, wenn man es in Gänze anwendet. Ich will da nicht in die Tiefe gehen, das können wir gerne später vertiefen, aber es gibt drei Dinge, die dazugehören: wir nennen es eine Bedarfserhebung des Teilhabegeldes, eine Art

Kindergrundsicherung und die entsprechende Unterstützung vor Ort. Bei der

Bedarfserhebung will ich nur auf eine Sache hinweisen, wir haben in Deutschland tatsächlich keine Datengrundlagen, keine Statistiken, aus denen wir eigentlich berechnen können oder ableiten können, was Kinder und Jugendliche brauchen, um gut aufzuwachsen. Die gibt es tatsächlich nicht. Wir werben sehr dafür, eine solche Datenlage aufzubauen. Wir haben bisher nur Statistiken, die eigentlich auf Basis von Erwachsenen beruhen und rechnen die dann klein, so als wären Kinder kleine Erwachsene. Aber dass das nicht funktioniert, das ist eigentlich logisch. Wir sind der festen Überzeugung, wenn wir so eine Datenlage aufbauen für Deutschland, dann muss das zum Teil unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen selber erfolgen. Die wissen in einigen Bereichen am besten Bescheid, was sie brauchen, um dazugehören, um teilzunehmen.

Auf das Thema Teilhabegeld oder Kindergrundsicherung will ich gar nicht weiter eingehen, ich glaube das ist allen vom Grundsatz her bekannt. Ich denke, im Augenblick ist die große Gefahr, dass das, wenn es jetzt kommt, am Ende den Namen wert ist, eine echte Kindergrundsicherung, und nicht etwas, was den Namen hat, wo aber nicht wirklich absichert, dass Kinder und Jugendlich, egal in welcher Familie sie aufwachsen, auch wirklich teilhaben können und eben auch dazugehören können. Wir haben das auch mal berechnet, das will ich auch nicht vertiefen. Da hätten wir eine Studie, wenn Sie das haben wollen, also was das kosten würde. Das schicke ich Ihnen gerne zu. Es ist, denke ich, allen klar, das ist eine Maßnahme, die ist teuer, aber wenn sie wirklich gut aufgesetzt wird und zielgerichtet gegen Armut konzipiert wird, dann wird sie

auch auf Dauer deutlich entlasten. Dann wird es wirklich möglich sein, Armut unter Kindern und Jugendlichen zu vermeiden. Das ist, glaube ich, auf langer Sicht mit Sicherheit eine gute Investition.

Der dritte Punkt, Kinder und Jugendliche und ihre Familien leben ja irgendwo. Dort wo sie leben, da brauchen sie Zugang einerseits zu der Unterstützung, die ihnen staatlicherseits geboten werden, aber auch zur guten Bildung, nämlich guten Kitas, guten Schulen. Dazu gehört aber auch eine Infrastruktur, die darüber hinausgeht, die im Stadtteil entsprechend ist. Wir nennen das auch gerne oder führen das zusammen unter „Präventionsketten vor Ort“, ein Modell, was wir in Nordrhein-Westfalen groß gemacht haben, was es aber inzwischen in vielen Bundesländern gibt. Dahinter steht die Idee, dass alle Akteure, die vor Ort mit Kindern und Jugendlichen und Familien zu tun haben, wirklich zusammenarbeiten und nicht jeder nebeneinander, um tatsächlich auch vor Ort Politik für Kinder gewährleisten zu können.

Soviel zunächst mein Input. Ich freue mich später dann auf Ihre Fragen und die Diskussion dazu.

**Die Vorsitzende:** Vielen herzlichen Dank für Ihre Einblicke. Dann würde ich Herrn Dr. Klärner bitten.

**Dr. Andreas Klärner** (Thünen-Institut): Ja, von mir auch vielen Dank für die Einladung. Ich freue mich. Ich fühle mich auch sehr geehrt. Vielen Dank auch an Frau Stein für die hervorragende Grundlage, die ich im Prinzip unterstreichen kann. Ich hoffe, dass ich in dem allgemeinen Teil, den ich vortrage, nicht allzu viel wiederhole von dem, was bereits gesagt wurde.

Mein Fokus ist Kinderarmut in ländlichen Räumen. Als kurze Vorrede: Wenn wir in Deutschland über Kinderarmut reden, dann reden wir in der Regel über Armut von



Familien. Es geht um Kinder, die bei ihren Eltern, bei ihrer alleinerziehenden Mutter, seltener bei ihrem alleinerziehenden Vater oder bei Erziehungsberechtigten leben.

Familien, in denen die Erwachsenen arbeitslos, im Niedriglohnsektor oder prekär beschäftigt sind und von sozialstaatlichen Transferleistungen abhängig sind. Aber es gibt auch Kinder, die in Obhut genommen wurden, in Pflegefamilien oder in Heimen leben, und auch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge gehören zu den Kindern, die in Deutschland in Armut leben.

In Deutschland sprechen wir dabei meist nicht über eine absolute Armut, deren Lebensunterhalt des physischen Existenzminimums bezeichnet, sondern über relative Armut. Das sind auch die Zahlen, die Sie präsentiert haben. Die beziehen sich glaube ich im Wesentlichen auf relative Einkommensarmut oder auf SGB 2-Bezug. Für die Messung von Armut stehen unterschiedliche Datenquellen zur Verfügung. Nicht alle davon lassen eine Differenzierung nach Altersstufen oder, für meinen Fall besonders wichtig, nach räumlichen Gliederungen zu. Gerade wenn wir uns Armut regional differenziert etwa auf Gemeindeebene anschauen wollen, da ist die Datenlage quasi nicht vorhanden beziehungsweise nur sehr schwer zu konstruieren. Letztendlich sind die Befunde aber über die verschiedenen Studien relativ konsistent. Etwa ein Sechstel der Bevölkerung in Deutschland ist als relativ einkommensarm zu bezeichnen. Vereinfacht lässt sich auch sagen, dass in Deutschland jedes fünfte Kind in einer Armutslage aufwächst, das hat Frau Stein ja schon ausführlicher gezeigt.

Die Zahlen an sich sagen aus meiner Sicht aber noch relativ wenig darüber aus, wie Armut Menschen in ihrem alltäglichen Leben beeinflusst, wie gut oder wie schlecht sie leben. Sie sagen auch nichts über die Hilfebedürftigkeit der Personen aus. Denken wir etwa an Studierende, die auch relativ als einkommensarm zu bezeichnen sind, aber

eine ganze Perspektive zum Beispiel haben, weil sie davon ausgehen können, später eine gutbezahlte Tätigkeit zu haben.

Quantitative Untersuchungen, die mit einem Lebenslagenansatz arbeiten, wo etwa auch materielle Mangellagen festgestellt werden, lassen in der Regel keine Aussagen über Personen unter 16 Jahren zu. Also ich spreche da gerade über die EU-SILC Statistik. Das heißt, da ist unser Wissen auch noch relativ unvollständig.

Ich möchte hinzufügen, dass wir in Deutschland immer auch über bekämpfte Armut sprechen. Also es findet eine wohlfahrtsstaatliche Auseinandersetzung mit dem Thema statt, auch mit dem Thema „Kinderarmut“. Es gibt die Strategie der Bundesregierung zur Bekämpfung der Kinderarmut, die in vielen Punkten aus meiner Sicht auch in die richtige Richtung weist, in dem sie Fokus darauf legt, Erwerbstätigkeit von Eltern zu stärken, Familien gezielt finanziell zu unterstützen und Bildung und Teilhabe für Kinder zu sichern. Die Frage ist dann immer die Umsetzung der ganzen Sachen und vor allem dann natürlich auch die Finanzierung. Dass das Ganze teuer ist, das hat Frau Stein ja eben schon erwähnt.

Zu den Auswirkungen von Kinderarmut: wir wissen, dass Kinderarmut oder Aufwachsen in Armut Kinder ein Leben lang begleitet, also es hat Einfluss auf die Zukunftschancen, auf die Bildung, über die Ernährung auch auf die Gesundheit. Darauf hat der wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz beim BMEL in so einem großen Ernährungsgutachten von 2020 auch hingewiesen. Gerade während der Corona-Krise haben wir jetzt jüngste Untersuchungen, die zeigen, dass Hospitalisierung unter Kindern, die in ärmeren Haushalten aufwachsen sehr viel wahrscheinlicher waren. Also hier haben wir auch deutliche Auswirkungen von



## Armutslagen auf Gesundheit.

Wir haben auch, und jetzt komme ich ein bisschen auf meine eigenen Untersuchungen zu sprechen, wir haben so etwas wie eine soziale Reproduktion von Armut. Das heißt Kinder, die in Armutslagen aufwachsen, das heißt Kinder von Arbeitslosen oder im Niedriglohnsektor Beschäftigten Menschen sind, die ohne Vorbilder aufwachsen, für ein gelungene Arbeitswege keine Perspektive haben, sind tendenziell auch gefährdeter, wiederum in Armutslagen zu leben. Es gibt so etwas auch wie wechselseitige Abhängigkeiten. Krankheit, chronische Krankheiten, Behinderungen sind ein Weg in die Armut und wenn Eltern chronisch krank sind oder Kinder chronisch krank sind, die Eltern sich um die Kinder kümmern, behindert das sie in ihrer Erwerbstätigkeit. Auch Kinder können sich verpflichtet fühlen, sich um ihre Eltern zu kümmern und deshalb auch weiterhin in ihrer Armutslage gehalten werden. Das ist aus unserer Armutsstudie, die wir 2015 veröffentlicht haben, da haben wir einige Beispiele drin.

Was mir noch wichtig ist zu betonen ist, dass wir das Problem Armut nicht individualisieren dürfen, das heißt nicht die in Armut befindlichen Menschen dafür quasi verantwortlich zu machen oder das auf die Familien abzulegen, sondern, dass das gesellschaftliche Ursachen sind, die Menschen auch in Armut halten.

Damit schließe ich kurz ab. Ich kann dann in der Diskussion gerne noch mehr dazu auch sagen.

Zu Armut in ländlichen Räumen – hier ist es so, dass das ein relativ schwieriges Thema ist, was allein schon daran liegt, dass wir keine einheitliche Definition der ländlichen Räume für Deutschland haben. Das Thünen-Institut für Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen, dem ich angehöre, hat eine relativ weitgefasste Definition von ländlichen Räumen. Demnach gehören 91 % der Fläche

in Deutschland zu den ländlichen Räumen und über die Hälfte der Bevölkerung wohnt demnach in ländlichen Räumen. Es gibt andere Definitionen davon. Das nur vorweg geschickt.

Es gibt, das hatte ich eingangs gesagt, Schwierigkeiten, Armut regional differenziert festzustellen. Eine Auswertung des Sozio-ökonomischen Panels, die vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung vorgelegt wurde, die mit einem anderen Verständnis von ländlichen Räumen als das Thünen-Institut arbeitet, ist zu dem Ergebnis gekommen, dass die Armutssquote in den städtischen Räumen bei 15,4 % lag und in den ländlichen Räumen bei 17,5 %. Diese Daten sind aber mit Vorsicht zu interpretieren. Ich will damit nur illustrieren, dass hingegen gängiger Urteile darüber, dass Armut ein städtisches, eher großstädtisches Phänomen ist, es Armut in ländlichen Räumen gibt und diese auch in der Quantität nicht zu unterschätzen ist.

Generell zu Armut in ländlichen Räumen: warum sollte man sich überhaupt damit beschäftigen aus so einer Perspektive der ländlichen Räume? Wir können davon ausgehen, dass Armut in den ländlichen Räumen sehr wahrscheinlich verdeckter ist als in der Stadt und daher auch in den Statistiken unterrepräsentiert. Scham und Nichtinanspruchnahme von sozialer Leistung wären hier an der Stelle zu nennen, die dazu führen könnten. Armut in ländlichen Räumen ist auch durch das Phänomen der Mobilitätsarmut in besonderer Weise, wenn es auch nicht nur in ländlichen Räumen anzutreffen ist, verschärft. Menschen in ländlichen Räumen sind allgemein für viele Praktiken und Tätigkeiten und das alltäglichen Leben auf ein Auto angewiesen, einfach angewiesen. Das ist auch nicht durch den ÖPNV zu ersetzen. Ein Auto, zwei Autos für eine Familie sind einfach notwendig. Dies hat zur Folge, dass auch Menschen in Armut, wenn sie ihr alltägliches Leben gestalten wollen, auf das Auto angewiesen sind, was ein zusätzlicher Kostenfaktor ist. Sie wissen



alle was ein Auto kostet Instandhaltung, Sprit und so weiter und sofort. Das lässt sich in der Stadt mit einem guten ÖPNV leichter kompensieren als in ländlichen Räumen, ist also eine zusätzliche Belastung für Menschen für Armut in ländlichen Räumen.

Wie viel Zeit habe ich noch?

**Die Vorsitzende:** Sie haben noch fünf Minuten.

**Dr. Andreas Klärner** (Thünen-Institut): Ich habe noch fünf Minuten, gut.

Dann will ich das an einem Beispiel vielleicht noch illustrieren. Meine Forschung ist vor allem in präferierten ländlichen Räumen angesiedelt, also ländliche Räume, die, wie wir sagen, über ungünstige Gelegenheitsstrukturen verfügen, eine ungünstige Wirtschaftsstruktur, wenige Arbeitsplätze oder nur in einer Branche, nur von einem Arbeitgeber. Es geht um ungünstige Gelegenheitsstrukturen, wenn wir über den Mangel an kostengünstigen Mietwohnungen sprechen und es geht auch um die Erreichbarkeit von Kinderbetreuungseinrichtungen. Am Thünen-Institut haben wir ein Erreichbarkeitsmodell, mit dem wir unter anderem die fußläufige Erreichbarkeit von Kindergärten berechnen können. Da lässt sich feststellen, dass die fußläufige Erreichbarkeit in den nichtländlichen, städtischen Räumen bei ungefähr 13 Minuten zu Fuß liegt. In den nach unseren Klassifikationen sehr ländlichen Räumen mit einer weniger guten sozioökonomischen Lage, also das was man vereinfacht präferierte ländliche Räume benennen könnte, sind wir schon bei fast 29 Minuten. Das heißt hier sind Alleinerziehende, hier sind Eltern auf das Auto tatsächlich auch angewiesen.

Nochmal spezieller zum Thema „Kinderarmut in ländlichen Räumen“. Ich habe die neuere Literatur zu dem Thema

durchgesehen und der erste Satz ist eigentlich immer, dass die Kinderarmut im ländlichen Raum ein bislang in der Forschung vernachlässigtes Phänomen ist. Das würde ich so unterschreiben. Entscheidende Forschungsfragen wie nach den Entwicklungschancen von benachteiligten Kindern, speziell in ländlichen Räumen, sind, so Karl August Chassé, bisher unbeantwortet.

Ich möchte dennoch aus meiner Forschung noch zwei Einblicke geben, Fallbeispiele, in denen ich illustrieren möchte, dass weite Wege zu Einrichtungen in ländlichen Räumen die Familien von Alleinerziehenden in besonderem Maße belasten, da dann die räumliche und zeitliche Alltagsorganisation auf den Schultern von nur einem Erwachsenen im Haushalt lastet. Also hier geht es um die spezielle Problemlage von Alleinerziehenden in ländlichen Räumen. Eine Befragte sagt: „Also wir haben eigentlich immer Fahrerei in dem Sinne. Und so ist dann eigentlich der Alltag immer nur Fahren, Fahren. Wenn ich mal nicht fahren muss, dann versuche ich auch zur Ruhe zu kommen, in dem ich mich dann ins Bett lege und etwas schlafe, weil ich dann einfach platt bin.“. Das heißt also durch die Mobilitätsfordernisse, die in ländlichen Räumen sehr stark sind, wird auch Stress ausgelöst. Auch Beschäftigungschancen werden dadurch gemindert, weil eben in hoher zeitlicher Aufwand betrieben werden muss, um diese Fahrerei für die Kinder, die dann auch noch zum Arzt müssen. Der Arzt ist auch nicht in der Nähe, sondern ist weiter entfernt, in dem das eben organisiert werden muss.

Ich denke, um meine Zeit nicht vollkommen auszureizen, komme ich zum Schluss. Ich habe noch ein paar Handlungsempfehlungen. Im Wesentlichen schließe mich dem an, was Frau Stein gesagt hat. Ich denke, dass das Problem der Kinderarmut in ländlichen Räumen deutlich mehr Aufmerksamkeit verlangt und der Appell richtet sich sowohl an die Wissenschaft als auch an die



politische Ebene und zwar von Bund über die Länder hin zu den Kommunen. In vielen Expert\*innen-Interviews können wir feststellen, dass dieses Thema ein äußerst unangenehmes Thema ist. Also es ist ein Thema über das nicht besonders gerne gesprochen wird, das teilweise auch ignoriert wird – ich denke so kann man das sagen. Politisch scheint sich damit relativ wenig gewinnen zu lassen. Das ist auch eine Folge davon, dass wir es hier mit einer bekämpften Armut eben auch zu tun haben, was diejenigen Menschen, die sich immer noch in Armut befinden, marginalisiert und quasi selbst für ihre Lage verantwortlich macht. Dem würde ich selbstverständlich deutlich widersprechen.

Was lässt sich konkret tun? Ich denke jede Maßnahmen, die dazu führt, dass das Einkommen oder der monatlich verfügbare Geldbetrag von Familien in Armutslagen steigt, ist wichtig. Also da geht es um Mindestlohn, da geht es um die Erhöhung der Regelsätze von ALG II und so weiter und sofort. Menschen in Arbeit zu bringen, jede Maßnahmen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärkt hilft Familien, Alleinerziehenden, die sich in Armutslagen befinden. Andere ganz konkrete Maßnahmen, die helfen würden oder schon auch helfen, sind die Bereitstellungen einer qualitativ hochwertigen Schulverpflegung, die auch Frühstück und Obstsnacks umfasst. Dass das teuer ist, das ist mir durchaus bewusst, aber das ist eine Maßnahme, die auf jeden Fall helfen würde. Ein qualitativ hochwertiges verlässliches Ganztagschulangebot, gerade in ländlichen Räumen, wäre wichtig, um angesichts erhöhter Fahrzeiten die Beschäftigungschancen von Alleinerziehenden oder von Familien in Armut zu erhöhen.

Ja, damit komme ich zum Schluss und bedanke mich ganz herzlich für die Aufmerksamkeit.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank,

Herr Dr. Klärner.

Dann kommen wir zu Frau Schünemann.

**Steffi Schünemann** (AWO Sachsen-Anhalt e.V.): Ja, vielen Dank. Auch ich bedanke mich für die Einladung hier in die Kinderkommission.

Die AWO in Sachsen-Anhalt ist ein sozialpolitischer Interessenverband, der Menschen in allen Lebenslagen begleitet, von der Geburt bis zum Lebensende und in unseren Einrichtungen, Angeboten und Diensten unterstützt. Hier haben wir eben auch, weil Sachsen-Anhalt ja auch eines der Bundesländer mit den höchsten Armutssquoten ist, eben auch sehr viele Berührungspunkte mit Kinderarmut und wissen, was das täglich bedeutet.

Mein Thema ist heute „Wege aus Armutspfaden“. Was sind Erfahrungen, die wir haben? Wobei ich sagen, dass sich das sehr überschneidet, auch mit den Vorrednern. Also das kann man wunderbar auch übereinanderlegen. Ich bin da sehr auch bei den Vorrednern. Bevor ich jetzt auf „Wege aus Armutspfaden“ eingehe, möchte ich auch nochmal unsere Grundposition zum Thema „Armut“ hier nennen. Armut ist aus unserer Sicht ein gesamtgesellschaftliches Problem und nicht individuell verschuldet. Das wird in der öffentlichen Diskussion immer noch sehr als individuelles Verschulden diskutiert. Strukturelle und institutionelle Rahmenbedingungen und soziale Ungleichheit verursachen Armut. Das heißt Armut folgt immer aus Strukturen. Wir sind immer in Strukturen, im Bereich der Einkommenssicherung, im Bereich der materiellen Absicherung, im Bereich des Zugangs und der Durchlässigkeit des Bildungssystems, des Gesundheitssystems, des Zugangs zu Freizeit, Hobby oder eben auch Erfahrungsräumen. Während Kinder nicht armer Familien im gesamten Bildungsverlauf, in der gesamten Bildungsbiografie sämtliche Unterstützung



zur Verfügung steht, weil die Eltern das materiell können, sind eben Kinder aus armen Familien hier hochgradig eingeschränkt.

Deshalb ist es unsere gesellschaftliche Pflicht, durch Armut verursachte Chancenungleichheit und damit auch einhergehende weitere Spaltung der Gesellschaft zu verhindern. Aus unserer Sicht ist es die gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen, allerdings auch Wohlfahrt und Zivilgesellschaft, wir schließen unsere Strukturen da selbstverständlich ein, Armut zu bekämpfen. Ziel muss es immer sein gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen, das heißt durch Verminderung struktureller, gesellschaftlich verankerter Armutsrisiken zum einen, aber auch Befähigung der Menschen, die in Armutslagen geraten sind, zur Überwindung ihrer Situation zum anderen.

Was ist die Basis für unsere Position? Das ist die AWO-ISS Langzeitstudie zu Kinder- und Jugendarmut. Frau Dr. Wolff vom ISS war hier auch schon in der Kinderkommission, hat das sicher auch vorgestellt, deswegen will ich hier nur am Rande darauf eingehen. Das ist also eine Langzeitstudie, in der seit 1997 Lebensläufe von Kindern immer an wichtigen Entwicklungspunkten untersucht wurden. Hier gibt es ganz wesentliche Erkenntnisse zu strukturellen Wirkzusammenhängen und Eingriffsmöglichkeiten gegen Kinderarmut. Das Besondere ist eben, dass hier auch der ganzheitliche Blick auf Kinderarmut zugrunde liegt, das heißt es wurden immer die finanziellen Aspekte in Verbindung mit den Lebenslagen betrachtet, also gesundheitliche Lage, materielle Lage, kulturelle Lage und soziale Lage. Welche Auswirkung hat also ein materieller Mangel auf diese Lebenslagendimension? Anhand dieser Aufzählung, welche Benachteiligungen entstehen, sehen Sie schon, wie komplex die Folgewirkungen von Armut sind, also im Bereich der psychischen Erkrankung oder Mobilität. Herr Dr. Klärner hatte vorhin in

diesem Erreichbarkeitsmodell gesagt, 29 Minuten Erreichbarkeit zu Fuß auf dem Land. Ich habe im Vorfeld nochmal mit unseren Trägern, insbesondere im ländlichen Raum, gesprochen, was die so wahrnehmen in Bezug auf Mobilität. Da haben wir einen sehr drastischen Fall, dass eine Mutter morgens mit dem Fahrrad ihr Kind in die Kita bringt, 8 Kilometer eine Strecke bei Wind und Wetter, weil sie sich den Bus nicht leisten kann und eben kein Fahrzeug in der Familie vorhanden ist. Im ländlichen Raum haben wir da natürlich nochmal in Bezug auf die Mobilität ganz besondere Schwerpunkte. Und die Ergebnisse zeigen eben auch, je länger die Benachteiligung und je kumulierter sie in diesen unterschiedlichen Bereichen auftreten umso ausgeprägter sind eben auch die Folgen beim Eintritt ins Erwerbsleben und die Probleme verschärfen sich. Ein paar Beispiele aus Sachsen-Anhalt, also unabhängig von der Studie: Rund 38 % der einzuschulenden Kinder haben ein Defizit bei der Schuleingangsuntersuchung, vor allen Dingen in Bereichen der Artikulation, Grammatik, Feinmotorik, also im Bereich der Sprache. Laut Barmer-Report hat sich die Zahl der Kinder und Jugendlichen in Sachen-Anhalt, die psychotherapeutische Hilfe in Anspruch nehmen, von 2009 bis 2019 von 5.100 auf 16.000 Kinder erhöht, das war noch vor Corona. Die kinderärztliche Versorgung ist ein großes Problem im ländlichen Raum und die Schulabrecherquoten sind so hoch wie nie. Im Moment durch die aktuelle Situation sind natürlich auch die Tafeln an ihren Grenzen angekommen.

Welche Eingriffsmöglichkeiten haben wir? Wie kann jetzt Armutsbekämpfung, oder ich will den Schwerpunkt auch auf Prävention setzen, gelingen? Zum einen durch gesellschaftliche Rahmensetzung zur Verbesserung der finanziellen Situation von Familien hier, die bedarfsgerechte Grundsicherung, wurde schon erwähnt, für mehr Chancengerechtigkeit. Aber eben auch durch die Sicherstellung einer starken sozialen Infrastruktur, unter anderem ein qualitativ hochwertiges Bildungs- und



Erziehungssystem. Wichtig, das war auch in der Erkenntnis der AWO-ISS-Studie, sind die Übergänge. Das sind ganz sensible Schaltstellen im Bildungsverlauf eines Kindes, also Übergang von der Kita in die Grundschule, dann in die weiterführende Schule bis hin zum Einstieg ins Berufsleben. Wenn wir hier eine starke soziale Infrastruktur haben, starkes soziales Netz, erhöhen sich die Chancen für Kinder der Armut zu entkommen.

Der Blick in die Praxis, unsere Erfahrungen sind: Hilfen müssen so früh wie möglich ansetzen. Eine Schlüsselrolle haben hier die Kindertageseinrichtungen, hier haben wir Kontakte zu den Eltern, sind eng dran. Sie sind zwei Mal am Tag in unseren Einrichtungen, wir können sofort interagieren, wenn bei einem Kind Veränderungen sind, nachfragen, ins Gespräch gehen und dann auch Hilfsmöglichkeiten vermitteln. Die Lebenslagen sind bekannt. Das ändert sich sofort ab dem Grundschulalter, einfach weil im Grundschulalter schon die Kontakte nicht mehr so häufig sind. Ich muss als Eltern einen Termin machen, darf nicht mehr mit rein. Hier sind dann eben auch die Lebenslagen gar nicht mehr bekannt, und dementsprechend kann weniger interagiert werden. Wir haben sehr gute Erfahrungen mit der vernetzten Kita- und Schulsozialarbeit, mit den Sprachfachkräften und Resilienzfachkräften. Wir haben vorhin gesehen wie komplex die Problemlagen sind. Das heißt, diesen komplexen Problemlagen muss vor allem mit Multiprofessionalität begegnet werden und auch mit einer rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit aller Akteure.

Zum Thema Sprachfachkräfte muss ich was sagen, weil 225 Sprach-Kitas in Sachsen-Anhalt haben mir das auf den Weg mitgegeben. Sie kennen das Thema. Das Bundesprogramm „Sprach-Kitas“ ist ein ganz exzellentes Programm, das wirklich eine hohe Wirkung auch für die Qualität vor Ort erreicht hat. Der Gedanke, dass jetzt auch ins

sozusagen Bundesqualitätsgesetz zu überführen, es zu standardisieren, das ist ein sehr richtiger Gedanke. Aber das Problem ist jetzt, dass das ganze aufgebaute Know-How, die hochqualifizierten Fachkräfte, die wir vor Ort haben, also Sprachwissenschaftler, Logopäden, Psychologen mit Vorerfahrung in den Kitas, Heilpädagogen, zum Tag Heute eben nicht wissen, wie es für sie ab 01.01.2023 weitergeht. Deswegen der dringende Appell: Einigung zwischen Bund und Ländern, ich würde es gerne nochmal mitgeben für Ihren Wirkungskreis. Es ist richtig, das in die Standardsetzung bundesweit zu übernehmen, aber das was jetzt da ist, in 11 Jahren erarbeitet wurde, daist ganz wichtig, dass das jetzt keinen Bruch erfährt. Im Grunde müsste jede Kita auch über Sprachfachkräfte verfügen.

Dann ein weiterer Bereich. Ich habe einfach mal hier drei ausgewählt. Es gibt noch viele weitere. Jugend braucht außerschulische Erfahrungsräume, der Bereich der offenen Jugendarbeit ist ganz wichtig, der Bildungsraum außerhalb von Schule und Elternhaus, gerade für die Jugendlichen, die sich auch im Ablöseprozess auch befinden. Jeder der Kinder hat weiß, ab einem gewissen Alter ist man als Eltern nicht mehr so der Ansprechpartner. Deswegen sind hier andere Peergroups ganz wichtig, die junge Menschen begleiten auf dem Weg ins erwachsen werden, Selbsterfahrung ermöglichen, Verantwortungsübernahme ermöglichen und auch politische Bildung. Das ist insbesondere im ländlichen Raum ein großes Problem. Hier sind die Kommunen in der Verantwortung zur Finanzierung, aber damit hängt natürlich auch zusammen, die Finanzkraft der Kommunen. Ist die Finanzkraft nicht da, gibt es keine Angebote dieser Art. Ich komme aus dem Jerichower Land, das ist ein Flächenlandkreis in Sachsen-Anhalt. Hier hat sich die Zahl der Einrichtungen von 2009 bis 2018 von 52 auf 26 halbiert, also die festen Einrichtungen. Dem zufolge sind natürlich eine Reihe mobiler Angebote entstanden, Streetwork und dergleichen, aber das reicht nicht aus. Das heißt unter dem Stichwort „herrscht Herstellung gleicher“



Lebensverhältnisse“ braucht es ja auch in dem Bereich in der Unterstützung von Bund und Ländern in diesem Bereich, oder der Bereich muss mitgedacht werden, die offene Jugendarbeit.

Die Kommune ist aus unserer Sicht der Ort, an dem Armut direkt begegnet wird, hier wird gelebt, gespielt, hier haben wir die Kontakte in Kitas und Schulen. Deshalb ist es aus unserer Sicht auch der Ort der Armutsprävention. Wir wollen weg von einer Reaktion auf Symptome und Defizite, stärker hin zu einer Prävention mittels aktiver vernetzter Steuerung.

Damit bin ich auch beim Thema. Das wäre auch unsere Sicht, weil wir ja in Strukturen sind: welche Strukturen können jetzt Armut bekämpfen? Deshalb die strukturelle Verankerung kommunaler Präventionsketten. Was ist das? Eine integrierte Gesamtstrategie, die Unterstützungsangebote aller Akteure vor Ort verbindet und entlang der Lebensphasen von Kindern auf einander abstimmt. Das heißt Eltern und Kinder werden von der Geburt bis hin in die Ausbildung begleitet.

Hier ist das mal grafisch dargestellt. Wir haben hier in bunt die wichtigen Lebensphasen von Kindern unter drei, Kita, Grundschule, weiterführende Schule bis hin Einstieg in das Berufsleben. Wir haben hier die unterschiedlichen Akteure. Man sieht schon wie komplex die Unterstützungsstrukturen vor Ort sind, was oft dazu auch führt, dass zu sehr parallel gearbeitet wird. Jeder natürlich in seinem Zuständigkeitskreis. Ziel wäre, dass die Akteure nicht parallel, sondern im Rahmen einer vernetzten Zusammenarbeit systematisch kooperieren. Das nicht nur im Sinne eines besseren Schnittstellenmanagements, sondern wirklich auch wissensbasiert gemeinsam an Zielstellungen zu arbeiten. Also ein Verständigungsprozess der aufeinander abgestimmten Hilfen. In NRW gibt es das schon, das ist alles nicht neu. Es ist auch

erforscht bereits, auch durch die Bertelsmann Stiftung. Sie haben ja hier die wissenschaftliche Begleitforschung gemacht. Es gibt in NRW das Landesprogramm „kinderstark – NRW schafft Chancen“. Hier haben sich schon seit 2012 verschiedene Modellgemeinden auf den Weg gebracht, die haben also auch langfristige Erfahrungen. Eine landesweite Servicestelle setzt Qualitätsrahmen, Analyseinstrumente und dergleichen. Vorteil daran ist dann wiederum der Zuschnitt auf regionale Gegebenheiten durch die Präventionsketten. Hier können also spezielle Bedarfe des städtischen beziehungsweise ländlichen Raumes identifiziert werden und lokale Handlungsfelder identifiziert werden. Das ermöglicht das Finden passgenauer Lösungen und die Verknüpfung von Wissen, und der Komplexität der Armutsbekämpfung wird mit einer integrierten Gesamtstrategie zielgerichtet begegnet, Kommunen werden Netzwerke und eine lernende Organisation.

Das Land, hatte ich schon gesagt, als strategischer Ort der Unterstützung der Präventionsketten, aber auch natürlich im Rahmen der Zuständigkeit, Förderung der Maßnahmen an Regelinstitutionen, also Kita, Schule.

Jetzt kommt meine Liste für den Bund. Alle Maßnahmen zählen natürlich im Zusammenschluss mit den Ländern auf den Abbau sozialer Ungleichheiten ein. Also das wäre wichtig: Die Kindergrundsicherung hatten wir heute schon. Dann hier nochmal der Vorschlag, den das Bündnis Kindergrundsicherung für die Berechnung hat, wer sich da nochmal vertiefen möchte. Dann die bundeseinheitlichen Standards im Sinne der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, also auch von Bundesebene. Die kommunale Ebene unterstützen im Aufbau von Präventionsketten. Sicherung eines qualitativ hochwertigen Bildungs- und Erziehungssystems, also das Kita-Qualitätsgesetz, das ja jetzt auch schon in Beratung ist. Thema Personalschlüssel,



Lernmittelfreiheit, freier Zugang zu Medien, Vermittlung von Alltagskompetenzen, „Erwachsen werden leicht gemacht“ beispielsweise zum Übergang in den Beruf. Mehr Multiprofessionalität, also Ausbau Schule, Kita, Sozialarbeit, Schulpsychologen, Schulgesundheitsfachkräfte, Sprachfachkräfte. Mehr Raum für soziales Lernen, die offene Jugendarbeit. Ganz wichtig über alle Themen hinweg braucht es im System Kita und Schule aus unserer Sicht planbare, dauerhafte und verlässliche Rahmenbedingungen. Wir sind hier oft im Bereich der Programme und wie es so ist, man findet sich, dann werden Zieleumsetzungen definiert, es gibt Antragsbewilligungsverfahren, man muss die Fachkräfte finden, es geht in die Umsetzung. Dann zeigen sich die ersten Wirkungen, dann ist das Programm zu Ende. Es kommt das Folgeprogramm. Also es ist wichtig, dass die Regelstrukturen, gerade das System Schule, wirklich langfristig zielgerichtet, zielstrebig gefördert werden. Hier braucht es wirklich Planbarkeit und Verlässlichkeit für alle Akteure.

Damit bin ich dann auch am Ende.

Die Überschrift muss aus unserer Sicht lauten: „Prävention statt Reparatur“. Die Maßnahmen, die ich aufzählte, sind sehr teuer, kosten sehr viel Geld, aber für die Kinder lohnt es sich. Wir müssen uns die Frage stellen, was kostet es eigentlich, wenn wir es nicht schaffen, die 3 Millionen Kinder, die jetzt, Stand heute, in Armut leben? Diese Situation wird sich verschärfen, wenn es uns nicht gelingt, hier Zukunftschancen für diese Kinder zu sichern und Bildungsverläufe sicherzustellen. Die sozialen Folgekosten, aber auch die Kosten oder die Bedeutung für die Gesellschaft insgesamt wären verheerend. Ich möchte Sie ermutigen, diese Dinge in Ihrer Arbeit mit zu beherzigen.

Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Auch Ihnen vielen Dank,

Frau Schünemann, für Ihre Ausführungen.

Drei sehr interessante Vorträge und Einblicke als Einstieg in unser Thema. Damit würde ich gerne auch die Fragerunde eröffnen, damit wir jetzt auch in ein Gespräch kommen.

Wer möchte beginnen?

Frau Reichinnek bitte.

Abg. **Heidi Reichinnek** (DIE LINKE.): Das waren jetzt natürlich sehr, sehr umfassende Vorträge. Vielen Dank dafür. Ich versuche mich jetzt mal auf zwei beziehungsweise drei konkrete Fragen zu beschränken, auch wenn man da natürlich jeweils noch ganz viel mehr diskutieren könnte.

Frau Stein einmal, Sie hatten ja die Übersicht mit dieser zweiten Säule vom Teilhabegeld. Gibt es denn da Vorstellungen, wie hoch das aussehen soll? Sie haben ja gesagt, das ist so eine Art Kindergrundsicherung. Das fände ich ganz spannend, und auf jeden Fall natürlich Ihre Berechnungen bezüglich der Allgemeinkosten für alles, was Sie da sich überlegt haben fänden wir im Nachhinein als Fraktion auch sehr, sehr hilfreich. Was ich auch sehr spannend fand, war die Tatsache, dass Sie meinten, Sie haben gar nicht so diese richtige Erhebungsgrundlage, sondern, dass Sie eben Kinder oft eigentlich an den Erwachsenen gemessen werden. Das fand ich auch nochmal einen sehr zentralen Punkt, wo man eigentlich überlegen muss, wo man solche Forschung mal vernünftig anbindet. Das nochmal als konkrete Nachfrage.

Dann nochmal an Herrn Klärner, Ihre Ausführungen fand ich besonders spannend, weil ich ja selber vom Dorf komme in Sachsen-Anhalt. Da gab es nichts. Da gibt es mittlerweile glaube ich so ein bisschen Bewegung. Da gab es eine Kirche, da war ich dann auch ganz brav, oder einen Faschingsverein, überraschender Weise.



Deswegen weiß ich halt auch, dass es wirklich, wenn man im ländlichen Raum in Armut lebt, was bei mir Gott sei Dank nicht der Fall war, da hat man nichts. Da ist auch nichts, was einen auffängt. Das habe ich in der Stadt noch viel eher. Da habe ich mehr Versorgungsmöglichkeiten. Da habe ich mehr Angebote. Es könnte auch besser sein. Aber da würde mich nochmal interessieren: Wie sieht es denn aus, haben Sie das Gefühl da wird die Situation auch weiterhin schlechter? Was mich da nochmal sehr interessieren würde, weil das auch so eine Sache ist mit der ich mich sehr beschäftigt habe, ich finde, wenn der Staat sich zurückzieht aus solchen Unterstützungsangeboten, wird es ja oft von anderen Akteuren genutzt, meistens von ganz rechts. Also gibt es da in Ihren Augen auch eine Verbindung, dass sich das da festsetzen kann im ländlichen Raum, wenn der Staat eben solche Angebote nicht schafft?

Die zweite Frage, ganz anderes Thema, auch bei Ihnen. Sie haben gesagt, die Hospitalisierung von Kindern in Armut, die waren deutlich höher bei Corona als von Kindern, die nicht in Armut leben. Gibt es da bestimmte Mechanismen, die daran schuld sind? Gründe, einfach weil sie sich eventuell die Hygienemaßnahmen nicht leisten konnten oder weil sie eben auch oft auf beengten Räumen leben? Das war bei uns beispielsweise in Geflüchtetenunterkünften ganz schlimm. Das fände ich dann nochmal sehr spannend.

Dabei belasse ich es jetzt mal, sonst ziehen wir das hier ganz in die Länge.

Auf jeden Fall vielen Dank Ihnen Dreien. Ich fand das alles sehr, sehr hilfreich und erhellend.

**Die Vorsitzende:** Ja, vielen Dank.

Möchte noch jemand erst seine Frage stellen? Sonst würden wir erst in die Beantwortung gehen.

Frau Fester, wollen Sie?

Dann sammeln wir zwei und dann gehen wir in die Antwortrunde.

Abg. **Emilia Johanna Fester** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch vielen Dank von mir. Ich fand, das auf jeden Fall waren sehr, sehr spannende Inputs.

Ich finde total wichtig, dass wir auch für uns festhalten, was ja eigentlich alle betont haben, nämlich, dass Armut nicht selbst verschuldet ist, sondern ein gesamtgesellschaftliches, strukturelles Problem mit Fremdfaktoren. Das fände ich voll gut, wenn das irgendwie in den Abschlussbericht wandert, weil das eine, finde ich, unfassbar wichtige Feststellung ist. Das zur Vorbemerkung.

Ich würde gerne noch drei Themenbereiche streifen, und zwar erstens das Thema seelische Gesundheit, weil ja auf jeden Fall auch am Ende im Vortrag von Frau Schünemann nochmal explizit genannt wurde, dass Gesundheit und Armut beziehungsweise Ungesundheit und Armut sehr eng miteinander verknüpft sind. Ich würde gerne einen Blick auf die seelische Gesundheit wenden, Stichwort belastende Lebensverhältnisse, Stigmatisierung, Existenzängste, Versorgungs- und Zugangsschwierigkeiten. Genau und deswegen würde ich, ich weiß nicht genau, nochmal Frau Schünemann bitten oder, falls Sie alle etwas dazu sagen wollen, auch gerne alle, da noch etwas auszuführen und das vielleicht zu konkretisieren, auch was da Möglichkeiten der politischen Einflussnahme wären.

Zweitens an Herrn Dr. Klärner, Sie betreuen ja auch das Projekt „Jung im Verein und engagiert“, das hat eine schöne Abkürzung, ich weiß aber nicht, ob es J, I, V, E ist oder JIVE ist – JIVE, sehr schön – ob Sie da noch ein bisschen was darüber erzählen könnten,



weil das Engagement im ländlichen Raum von Kindern und Jugendlichen ja auch zurückgeht und natürlich auch das etwas ist, was Auftrieb geben kann, was eventuell auch Zusammenhänge mit Armut und nicht-Armut hat. Da würde ich sehr gerne auch noch einen kleinen Blick drauf wenden.

Der letzte Themenbereich ist etwas, was Sie alle angesprochen haben, nämlich die Kindergrundsicherung. Das dann vielleicht explizit an Frau Stein. Was ist der Unterschied vom Teilhabegeld zur Kindergrundsicherung? Oder ist das das Gleiche? Und unabhängig davon, ob es das Gleiche ist oder nicht, was sind Ihre speziellen Wünsche und Vorstellungen? Was finden Sie wichtig daran, wenn wir als Bundesregierung, als Koalition jetzt daran arbeiten eine Kindergrundsicherung einzuführen? Was sind die wichtigsten Aspekte davon? Das ist ja für uns alle total wichtig. Ich glaube da stehen sogar gemeinsam als alle fünf, die wir hier sitzen, dass das eventuell ein wichtiges Projekt sein könnte. Aber gut natürlich auch nochmal von Expert\*innen zu erfahren, was ganz explizit daran wichtig ist.

Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Ja, vielen Dank Frau Reichinnek und Frau Fester.

Ich würde sagen, dann bitteschön, wer möchte denn beginnen? Frau Stein?

**Anette Stein** (Bertelsmann-Stiftung): Ich fange gerne an, wenn wir in der Chronologie Ihrer Fragen gehen. Dann würde ich in der Chronologie versuchen, auch darauf einzugehen.

Sie hatten ja auch nach dem Teilhabegeld beziehungsweise der Kindergrundsicherung gefragt, Frau Reichinnek. Die erste Frage war ja, in welcher Höhe. Wir haben als

Bertelsmann-Stiftung ganz bewusst gesagt, das können wir als Stiftung nicht definieren. Das ist eine politische Aufgabe, das ist eine gesellschaftliche Frage letztendlich wie viel wir Kindern zugestehen wollen. Das ist ein Irrglaube, wenn man denkt, man kann das mit einer reinen Kalkulation berechnen, sondern das ist am Ende eine normative Frage und das steht nicht einer Stiftung an, das zu entscheiden. Wir haben aber trotzdem, weil wir ja Simulationen machen wollten, die mal zeigen, über was reden wir eigentlich, haben wir mal zwei Berechnungen gemacht mit 500 €, 550 € also pro Monat dann für jedes Kind, für jeden Jugendlichen, die natürlich abgeschmolzen werden je nach Einkommen der Eltern. Daran merkt man schon wieder diese Spannbreite zwischen 20 – 37 Milliarden per anno, hängt davon ab, wie früh fange ich an abzuschmelzen und wie schnell schmelze ich ab? Das ist aus unserer Sicht eine Aufgabe von einer Sachverständigenkommission, die es geben sollte, die im Grund genommen definieren sollte zusammengesetzt aus verschiedenen Akteuren in der Gesellschaft, aus Politik – was wollen wir Kindern zugestehen? Deswegen haben wir bewusst das nicht festgelegt, aber wir schicken Ihnen gerne mal diese Simulation.

An der Stelle gehe ich gleich auf Ihre Frage ein, Frau Fester, weil das ja damit zusammenhängt. Also was ist der Unterschied zwischen dem, was wir jetzt in der Stiftung mit den Experten zusammen als Teilhabegeld entwickelt haben und der Kindergrundsicherung?

Vorab vielleicht bemerkt, wir sind in den letzten zwei Jahren, oder schon seit Jahren in einem sehr engen Austausch mit dem Bündnis, und unsere Konzepte haben sich immer weiter angenähert. Es gibt trotzdem noch, glaube ich, einen sehr entscheidenden Unterschied, den ich auch gleich erklären will. Ich glaube für alle, die daran gearbeitet haben in den letzten Jahren, gilt, der entscheidende Punkt bei der Kindergrundsicherung wird sein, dass die



Höhe wirklich ausreicht, um eine echte Teilhabe zu gewährleisten. Also es reicht eben nicht nur aus, dass irgendwie genügend Essen auf den Tisch kommt und ein Dach über den Kopf, sondern es geht wirklich um das Thema, was wir hier glaube ich alle angesprochen haben: Mobilität, Freizeit, Hobby-Möglichkeiten, Zugang zu anderen gesellschaftlichen Gruppen. Alle Studien zeigen, dass die Kinder, die in Armut aufwachsen das eben nicht haben. Die haben weniger Freunde. Die haben weniger soziale Kontakte, und sie haben vor allen Dingen ein sehr viel schlechteres Selbstkonzept, das spricht das Thema „Seelische Gesundheit“ an, dass sie also eindeutig glauben, dass sie nicht was zu erreichen haben im Leben. Wenn das ein junger Mensch schon hat, dann können Sie sich alle vorstellen, was das bedeutet. Der entscheidende Unterschied zwischen diesen zwei Konzepten, die wir haben, ist, dass wir der Ansicht sind, dass der Kinderfreibetrag im Steuerbereich beibehalten werden sollte. Und zwar deswegen, weil das eine Errungenschaft ist, dass der Staat das Existenzminimum von Personen, von Menschen nicht besteuern darf. Das gilt für Erwachsene, und wir sehen keinen Grund, warum das nicht für Kinder gelten sollte. Wir haben seit 1996 das Problem, dass wir eine Zusammenführung hatten mit dem Kindergeld, einerseits mit den steuerlichen Entlastungen und andererseits mit den staatlichen Unterstützungen. Das ist seit 1996 eine Kombination, wo eigentlich keiner, der Kindergeld bezieht, noch weiß, bekomme ich jetzt eigentlich Kindergeld oder ist das im Prinzip eine Erstattung meines steuerlichen Betrages? Es wird ja im Rahmen der Einkommenssteuer einmal pro Jahr quasi gerade gezogen. Die, die hohe Einkommen haben, bekommen letztendlich ja mehr als dieses Kindergeld, was immer so tituliert wird, dem Staat sind die Kinder nicht alle gleich wert. Das sehen wir tatsächlich anders, weil das andere sind – das betrifft das Steuersystem und da geht es darum, dass das Existenzminimum von Menschen nicht besteuert werden darf. Das muss für Kinder auch weiterhin gelten. Deswegen sagen wir,

dieser Steuerfreibetrag, der darf nicht angeastet werden, also den soll es weiter geben. Aber durch das Abschmelzen einer Kindergrundsicherung oder Teilhabegeld, egal wie man es jetzt nennt, führt es ja dazu, dass je nachdem wie ich abschmelze, Familien mit einem höheren Einkommen, oder sagen wir mal mit einem hohen Einkommen, das auf null abgeschmolzen wird. Die haben dann aber immer noch im Steuerbereich natürlich den Freibetrag für die Kinder. Also das ist der Unterschied der Konzepte.

So, jetzt gucke ich mal, was Sie noch angesprochen hatten. Das Thema seelische Gesundheit. Nochmal vielleicht ein ganz wichtiger Punkt aus den Studien, zum Beispiel der World Vision Studie, die international, aber auch in Deutschland durchgeführt worden ist von Sabine Andresen. Daraus geht eindeutig hervor, dass Kinder, die in Armut aufwachsen viel häufiger betroffen sind von Gewalt und auch von psychischer Gewalt. Das Thema Mobbing ist ein Riesenthema. Es ist natürlich auch durch die Zunahme des Unterwegsseins in digitalen Welten nochmal besonders gewachsen und deswegen auch sehr, sehr schwer einzugrenzen. Das Wirksamste dagegen ist, dass Kinder und Jugendliche mehr teilhaben können. Sie werden natürlich ausgegrenzt und auch gemobbt, weil sie nicht bei den Freizeitaktivitäten mit dabei sind, weil sie nicht ins Kino gehen, weil sie keine Freunde nachhause einladen, weil sie Kleider haben, die vielleicht nicht so aussehen wie sie aussehen sollten, um dazuzugehören. Insofern ist das schon ein wirksamer, also ein wirklich wirksamer Schutz. Damit sind wir wieder bei der Kindergrundsicherung. Aber das ist natürlich auch ein Thema, was in Schulen und in allen gesellschaftlichen Bereichen stärker aufgegriffen werden muss. Es ist nach wie vor eigentlich viel zu sehr unter dem Radar. Von daher ist das mit Sicherheit ein wirksamer Zugangspunkt.

Auf eine Sache wollte ich nochmal hinweisen: das Thema Erwerbstätigkeit, das



wurde mehrmals angesprochen. Wir sollten nicht den Fehler begehen zu glauben, dass Familien, die in Armut aufwachsen, nicht arbeiten. Ich denke, das wissen alle, aber ich will das nochmal darauf hinweisen, dass ein Großteil der alleinerziehenden Familien, was ja meistens Frauen sind, zu 90 %, erwerbstätig sind, und zwar in einem größeren Ausmaß, als dass das Mütter sind, die in einer Paarfamilie leben. Trotzdem reicht in der Regel diese Erwerbstätigkeit, häufig wird die sogar in Vollzeittätigkeit ausgeführt, nicht dazu, um sich selber und die Kinder zu unterhalten. Das liegt am niedrigen Einkommen, die häufig da erzielt werden. Die werden zum Teil immer noch bevorzugt in 1 €-Jobs vermittelt. Diese Frauen sind eigentlich in der Regel sehr gut ausgebildet, sie werden zum Teil adäquat beschäftigt und bezahlt. Aber, und das haben wir ja glaube ich auch deutlich gemacht, sie können natürlich auch nicht, insbesondere nicht wenn mehr Kinder da sind, immer vollumfänglich berufstätig sein, wenn sie gleichzeitig die Fürsorgeaufgaben, die sie ja haben und die wichtig sind, für die Kinder wahrnehmen. Vielleicht da noch eine Zahl für Sie – ich habe vorhin mal auf einem dieser Charts gezeigt, dass Alleinerziehende, die drei oder mehr Kinder haben, mit 86 % betroffen sind von Armut. Diese Zahl war vor zwei Jahren bei 70 %. Also wir haben da ein zunehmendes Problem. Deswegen ist gerade der Fokus glaube ich auf Alleinerziehende und mehr-Kind-Familien besonders relevant.

Vielleicht ergänzen die anderen.

**Die Vorsitzende:** Ja, vielen Dank.

Herr Dr. Klärner, machen Sie das?

**Dr. Andreas Klärner** (Thünen-Institut): Ja, vielen Dank Frau Reichinnek und Frau Fester für die Fragen, die mir jetzt auch Gelegenheit geben noch ein paar Punkte, die ich hier aufgeschrieben hatte, aber noch nicht vorgetragen hatte, nochmal aufzugreifen.

Vielleicht, eine Frage von Ihnen, Frau Reichinnek, nach der Studie zu den Hospitalisierungen von Kindern – das ist eine relativ frische Studie, ich glaube, ich habe sie am Freitag jetzt erst gesehen, von Nico Dragano und anderen, die erschienen ist. Soweit ich mich erinnere, wurde eine Reihe von erklärende Faktoren getestet, ohne allerdings zu einem wirklichen Bild zu kommen, welche Mechanismen jetzt dafür verantwortlich sind, dass diese Hospitalisierungen so gestiegen sind. Sodass ich das jetzt erstmal nur als deskriptiven Befund berichten kann. Ich möchte an der Stelle auch keine Hypothesen dazu anstellen.

Sie hatten eine zweite Frage gestellt, Frau Reichinnek, beziehungsweise es sind zwei zusammenhängende Fragen auch von Frau Fester. Ich freue mich natürlich, dass das Projekt JIVE schon Beachtung findet. Zum Engagement von Jugendlichen oder zur Freizeitgestaltung von Jugendlichen, das war die Frage von Ihnen dann auch, Frau Reichinnek, im ländlichen Raum.

Es ist tatsächlich in dem Projekt JIVE Thema, dass eine kulturelle Teilhabe eben auch über Freizeitteilnahme an Vereinsaktivitäten, Sportveranstaltungen und so weiter sichergestellt wird. Dass diese Angebote in ländlichen Räumen, vor allem in peripheren ländlichen Räumen, schlechter erreichbar sind. Dass das auch wieder mit einem erheblichen Mobilitätsaufwand verbunden ist, der in der Regel von den Eltern oder den Alleinerziehenden dann geleistet werden muss. Also was nochmal zusätzlich dann auch zu den Arztbesuchen das Zeitbudget belastet. Da vielleicht nochmal einen Ausblick drauf – Armut ist nicht selbstverschuldet. Ich würde das unterstreichen. Das gehört eben auch zu den strukturellen Faktoren. Der Tag hat 24 Stunden, und das Budget, das für Arbeit zur Verfügung steht, wird in ländlichen schon durch solchen Fahraufwand, Mobilitätsaufwand für Freizeitgestaltung von Kindern eingeschränkt.



Ich hatte vorhin auch die ungünstigen Gelegenheitsstrukturen angesprochen in bestimmten peripheren ländlichen Räumen. Wenn es dort nur einen großen Arbeitgeber gibt, der im Dreischichtbetrieb arbeitet, dann haben dort Alleinerziehende eine relativ schlechte Chance, auch angesichts ihrer Betreuungsverpflichtung für die Kinder, Arbeit zu finden. Und das ist auch ein relativ rigides System, dann ist Krankheit der Kinder zum Beispiel, da sind Fehltage sehr schnell ein Ausschlusskriterium, um da überhaupt beschäftigt zu werden. Das würde ich nochmal als Konkretisierung dieses Statements „Armut ist nicht selbstverschuldet, sondern hat strukturelle Ursachen“ anfügen wollen.

Zum Engagement von Jugendlichen oder zur Freizeitgestaltung von Jugendlichen ist es so, dass in ländlichen Räumen auch noch hinzukommt, dass die Auswahl oder die Vielfalt von Möglichkeiten Freizeit zu gestalten, eingeschränkter ist. Das ist auch, das haben wir in JIVE auch in Gruppendiskussionen, die wir mit Jugendlichen geführt haben, festgestellt, dass, wenn man sich für Fußball oder die Feuerwehr interessiert, dass das Angebot dort auch in den ländlichen Räumen relativ ausreichend ist, gut erreichbar ist. Nun haben Jugendliche aber auch noch andere Interessen als Fußball und die Feuerwehr. Diese werden in der Tat wirklich schwieriger zu bedienen sein. Es ist auch so – da ist wahrscheinlich die Bundesebene die falsche Ebene, aber auf der kommunalen Ebene ist die Unterstützung für diese, ich sage mal, diese traditionellen Vereine sehr viel stärker und diesen Jugendlichen mit alternativen Interessen fällt es sehr viel schwerer, sich dort Gehör zu verschaffen. Wir haben mit einer queeren Jugendgruppe dort gesprochen, die Räume brauchten und die sagten uns, dass sei t ein unheimlicher Kampf, ihr Interesse dort zu verankern, und beispielsweise 5.000 € als Startfinanzierung zu bekommen. Fußballvereine, Feuerwehre, die sind in der Regel, so der Bericht auf jeden Fall, deutlich besser darin, ihre Interessen zu Gehör zu bringen. Das kommt hinzu.

Ehrenamtliche Vereine treiben einen sehr hohen Aufwand, auch Kirchen und so weiter, um soziale Teilhabe von Jugendlichen trotz allem irgendwie zu gewährleisten. Also es gibt einen hohen Einsatz. Gruppenleiter\*innen, die Fahrdienste in die Dörfer anbieten und dann nach der Veranstaltung noch zwei Stunden unterwegs sind, um alle Jugendlichen nach Hause zu bringen. Das ist ein sehr, sehr hohes Engagement, das man aber nicht voraussetzen kann, und die Frage ist, wie dauerhaft tragfähig das ist.

In dem Zusammenhang dann noch die Frage nach Akteuren von rechts, die sozusagen die diese Leerstelle ausfüllen können. Ich kenne das, ich lese das auch. Selbst ist mir das, ich habe vor 15 Jahren Rechtsextremismus-Forschung gemacht, aber als organisierte Jugendarbeit in meinen Forschungen, die lokal räumlich auch begrenzt waren, so nicht untergekommen. Aber wie gesagt, das sind sehr begrenzte Einblicke und ich kenne natürlich die Literatur, die davon auch berichtet. Ich denke auch, dass es hier nochmal einer systematischeren Untersuchung bedarf, weil plausibel ist das natürlich, dass da andere Angebote dann an die Stelle treten.

Zur seelischen Gesundheit würde ich gerne noch eine Sache ausführen. Armut ist nicht nur ein Mangel an Finanzen, an Spielsachen, an Sonstigem, sondern auch und vor allem ein Mangel an Perspektiven, der Perspektive, aus eigener Kraft das Leben gestalten zu können. Das ist das, was wir auf jeden Fall in den Interviews mit Menschen in Armut hören. Da geht es jetzt nicht in erster Linie um Kinder, aber diese Menschen haben eben auch Kinder, die keine Perspektive darauf haben, ihr Leben gestalten zu können, in Arbeit zu kommen. Wenn Kindern vermittelt wird, dass das ALG II-Bezug sozusagen das Ende der Welt ist oder der Dauerzustand, dann ist das der seelischen Gesundheit nicht zuträglich und hat dann auch alle möglichen denkbaren negativen Auswirkungen auf die seelische Gesundheit.



**Die Vorsitzende:** Vielen Dank Dr. Klärner.

Frau Schünemann, möchten Sie noch?

**Steffi Schünemann** (AWO Sachsen-Anhalt e.V.): Ich wollte noch gerne zum Thema seelische Gesundheit ergänzen. Mehr Teilhabe ist auf jeden Fall auch hier Prävention für die seelische Gesundheit, aber wenn wir unseren Blick so auf die letzten Jahre richten, auch insbesondere die Corona-Pandemie, ist es hier schon so, dass wir mehr Depressionen feststellen, mehr Schulangst. Die Kinder waren isoliert zuhause. Viele Kinder haben es gut geschafft, wieder in den Schulalltag einzusteigen, aber viele eben auch nicht. Wir haben hier Vereinsamung, ganze Freundesnetzwerke sind weggebrochen und diese Dinge wirken einfach nach. Hinzu kommt der Leistungsdruck in der Schule, den Stoff irgendwie nachholen zu müssen, die Klassen schaffen zu müssen und das ist ja nicht machbar. Also man kann einfach Jahre, die weg sind, nicht irgendwie nachholen. Insofern denke ich ist es wichtig, dass wenn das da ist, auch erkannt wird, auch dass Eltern hier Unterstützung bekommen, sprich was wir vorhin hatten, Thema Multiprofessionalität, Schulpsychologen. Es kann nicht jede Schule ihren Schulpsychologen haben, das ist schon klar, aber hier gibt es ja auch Kooperationsvorstellungen, dass zumindest eine feste Kooperation auch mit Schulpsychologen stattfindet.

Zum anderen, was wir feststellen ist, dass es Kinder und Jugendliche gibt, die immer wieder ihre Ausbildung abbrechen, von Ausbildung zu Ausbildung und das nicht durchhalten. Hier ist es auch wichtig zu erkennen, steckt möglicherweise eine seelische Erkrankung auch dahinter? Wir haben als AWO einen Träger in Sachsen-Anhalt, die AWO RPK Rehabilitation psychisch Kranker. Hier stellen wir vermehrt fest, auch bei Jugendlichen, hier in dem Fall ab 18, die einfach diese vielen Ausbildungsabbrüche haben, dass hier erst

sehr spät erkannt wird, dass einfach eine seelische Erkrankung dahinter liegt. Wir versuchen dann sozusagen über dieses Therapieangebot mit den Jugendlichen zu trainieren, Tagesabläufe zu trainieren, sozusagen Ausbildungssituationen ganz praktisch nachzustellen, um sie einfach für diesen Tagesablauf stabil zu machen, damit sie in die Lage versetzt werden die Ausbildung auch durchzuhalten. Diese Angebote einfach auch verstärken, das wäre wichtig.

**Die Vorsitzende:** Ja, vielen Dank Frau Schünemann.

Vielleicht darf ich auch noch ein, zwei kleine Nachfragen stellen?

Frau Stein, Sie sind gerade nochmal sehr auf das Thema Alleinerziehende und mehr-Kind-Familien eingegangen. Wir haben es ja eben in der Übersicht gesehen. Ich glaube bei den Zahlen, lohnt es sich vielleicht, nochmal genau hinzuschauen. Ich meine, es gibt mit Sicherheit einige schlüssige Erklärungen, ich habe selber vier Kinder, ich weiß, es ist viel Aufwand, also mehr Aufwand mit vier Kindern als mit einem Kind und die Situation, vielleicht doch arbeiten zu gehen, ist eine andere. Mir stellt sich nochmal die Fragen: Haben Sie Erkenntnisse? Es sind ja Seiten. Einerseits, wie viel kann man arbeiten gehen mit mehr Kindern? Und wie sieht es mit erhöhten Kosten durch mehrere Kinder aus? Das wären für mich die zwei Seiten dieser Medaille. Haben Sie da irgendwie Erkenntnisse, wie das gewichtet ist?

Und Alleinerziehende, Mehrkind-Familien, das war in der Übersicht jetzt aber nicht Alleinerziehende mit mehreren Kindern, sondern das war schon getrennt voneinander? Auch Familien also mit zwei Partnern und mehreren Kindern haben so ein erhöhtes Armutsrisiko sozusagen, ja?

Wenn ich noch darf, Herr Dr. Klärner, ich



komme ja selber aus einer ländlichen Region. Sie sprachen das Thema Mobilität sehr stark an. Wir haben da gerade viel zu gehört, auch zum Thema Teilhabe. Kann ich alles nur unterstreichen aus eigener Erfahrung. Da wäre für mich die Frage: Hätten Sie noch eine Idee, wie man da verbessern könnte in Punkt Mobilität? Denn ich sehe es auch so, überall wird man nicht den ÖPNV schaffen können, dass das aufgefangen wird.

Eine Sache würde mich noch besonders interessieren, ob Sie da Erkenntnisse zu haben. Und zwar der Übergang als junger Erwachsener, wenn man praktisch selber in den Übergang geht, dass man Geld verdient und dass man in die Ausbildung geht. Wir haben es häufig so, dass junge Menschen immer eher aus der Schule herauskommen beziehungsweise eher eingeschult werden und dann, je nach dem welchen Abschluss sie erwerben, auch eher fertig sind. Dann sind sie häufig noch gar nicht in der Lage, selbst Auto zu fahren und mobil zu sein. Gibt es auch einen gewissen Einfluss auf die Job-Wahl zum Beispiel? Ich weiß, man muss ja auch zu seiner Arbeitsstelle, zur Berufsschule etc. hinkommen. Ist das auch ein Thema? Das würde mich nochmal interessieren.

Noch jemand? Nein.

**Anette Stein** (Bertelsmann-Stiftung): Dann starte ich.

Also Sie haben ja das Thema „Welche Mehrbedarfe gibt es?“ angesprochen. Das ist tatsächlich ein Feld, was bisher wenig erforscht ist, was eigentlich erstaunlich ist, wenn man mal überlegt, wie lange dieses Thema schon aktuell ist. Klar ist, dass es sowohl bei Alleinerziehenden Mehrbedarfe gibt, die wir nicht kennen, und es auch bei Mehrkind-Familien Mehrbedarfe oder eben andere Bedarfe gibt. Beides wäre eigentlich zu erforschen.

Wir haben vor, dieses Thema „Mehrbedarfe“

von getrennt lebenden Familien weiter zu erforschen. Das wird eine Phase in der nächsten – wir beantragen gerade mit unserem Vorstand ein neues Projekt. Das ist aber tatsächlich sehr schwierig, weil es gibt keine Datengrundlagen dazu. Also da ist Wissenschaft auch wirklich noch gefordert. Das ist aber extrem wichtig, weil es heute so ist, also ich rede jetzt erstmal von den getrennt lebenden Familien, die Mehrbedarfe haben, dass es natürlich mehr kostet, wenn Kinder an zwei Standorten aufwachsen und hin und her pendeln. Aber wir wissen eben nicht, was das ist. Wir ziehen aber ja bei denen, die Sozialleistungen empfangen, da wir Mittel ab, ohne zu wissen, was es eigentlich tatsächlich kostet. Im Augenblick ist das ein Modell, also wenn wir über dieses Wechselmodell sprechen, wo Kinder aufwachsen, wenn die Eltern getrennt sind, das sich eigentlich nur wohlhabende Familien leisten können. Das ist natürlich auch eine sehr unfaire Situation, weil wir alle wissen, dass es für Kinder extrem wichtig ist, dass sie zu beiden Elternteilen, wenn die Eltern getrennt sind, einen guten Kontakt haben.

Das Thema „Mehrbedarfe für Mehrkind-Familien“ ist dann noch schwieriger. Wir werden im nächsten Monat eine Studie oder ein Fact-Sheet zum Thema „Mehrkind-Familien“ veröffentlichen und haben alles, was irgendwie möglich ist zusammengetragen. Das ist dünn. Das ist auch ein Forschungsfeld, was nicht gut erforscht ist.

Mir ist bei Ihrer Frage eingefallen, dass ich Frau Reichinnek vorhin eigentlich noch eine Antwort schuldig war bezüglich des Themas „Bedarfsermittlung“. Wir haben eben keine Grundlagen, weder für diese Mehrbedarfe, noch für alle Kinder und Jugendlichen, was wir brauchen zum Aufwachsen. Sie wissen mit Sicherheit, dass die SGB II Sätze ja auf Basis der Einkommensverbrauchsstichprobe ermittelt werden. Und in dieser EVS, die immer auf Basis von einem Panel, was es gibt, erhoben werden, werden eben kaum



kindliche Bedarfe erhoben, weil die Haushalte, die da mit dabei sind und mitwirken, viel zu wenig Daten erfassen für diese Kinder. Das heißt, das müssen wir schaffen. Auch da sind wir dabei, versuchen es zumindest modellhaft, weil das natürlich keine Aufgabe einer Stiftung sein kann. Das muss wirklich von Wissenschaft und staatlicherseits aufgebaut werden. Was wir gerade machen, wir erproben Fragebögen, um überhaupt altersspezifisch solche Dinge zu ermitteln, denn das ist natürlich abhängig vom Alter der Kinder, was sie brauchen. Wir erproben auch Methoden, um eben Kinder und Jugendliche selber dabei zu beteiligen.

Unsere Idee ist für die Zukunft ist es, die amtlichen Statistiken, die es gibt, zu verbessern, zu erweitern. Das wird aber schwer sein, weil es ist ohnehin schon immer schwieriger also die Haushalte zu gewinnen, die bei diesen Panels mitmachen. Das ist halt sehr aufwendig. Gerade Familien und gerade allerziehende Familien das ist schwierig. Trotzdem sollte man das versuchen, aber es muss auch ergänzende andere statistische Grundlagen geben. Was wir ausprobieren wollen, jetzt auch in den nächsten Jahren, ist zum Teil auch über digitale Formate Kinder und Jugendliche selber eben daran zu beteiligen. Da sind wir auch schon im Gespräch mit den ganzen Familienverbänden, um sowas gemeinsam aufzubauen, wenn man zum Beispiel sowas wie eine App machen möchte, die dann wirklich möglich macht, Kinder im Alter von 10 bis 16 zu befragen, ergänzend. Das ist klar. Wir brauchen auch noch ein paar andere Methoden. Dann ist entscheidend, dass das etwas ist, was hinterher richtig weit verbreitet wird. Also das heißt, da muss man auch klug was entwickeln, damit das nicht wie oft eine App ist, die in drei Jahren keiner mehr kennt. Da würden wir gerne auch auf Unterstützung von Ihnen irgendwann kommen, wenn wir da so eine Grundlage haben. Aber dazu müssen wir kommen, weil wir einfach nicht wissen, was sie brauchen. Das, was sie jetzt bekommen, ist definitiv zu wenig. Da will ich auch nochmal daran erinnern, dass diese Sätze ja daran berechnet werden, was ein

Durchschnitt in Deutschland braucht, und dann nehmen davon 15 bis 20 %. Also das, was die unteren 15 bis 20 % in unserer Gesellschaft haben, das ist die Basis für diese Sätze zur Berechnung. Da sagen wir, das kann ja nicht sein, wenn es um Kinder geht, dass wir uns an den unteren 15 bis 20 % in der Gesellschaft orientieren, wenn wir wollen, dass alle aufwachsen können.

Trotzdem bleibt die Problematik, woran orientieren wir uns, wenn wir gar keine Erkenntnisse haben, was Kinder und Jugendliche brauchen.

**Die Vorsitzende:** Ja, bitte, Herr Klärner.

**Dr. Andreas Klärner** (Thünen-Institut): Ja, vielen Dank Frau Lahrkamp.

Das ist nicht die einfachste Frage, die Sie mir jetzt gestellt haben, nach Ideen zur Mobilität. Das ist natürlich die Crux. Man kann über viele Dinge nachdenken: Absenkung des Führerscheinalters wäre eine Sache, Ausbau des Radwegenetzes ist eine Sache.

Ich habe jetzt nochmal kurz nachgedacht. Ich habe einen Vorschlag aus den Interviews, die ich geführt habe, der sich sehr schnell umsetzen ließe, aber nicht ganz realistisch wahrscheinlich. Wir haben in dem Projekt JIVE mit Jugendlichen gesprochen, die aus den Dörfern in die nächstgelegene Kleinstadt fahren und dann an Vereinsaktivitäten teilnehmen. Das sind teilweise 40 Minuten Fahrt auf einem Moped oder 50er, sagen wir mal, mit einer Geschwindigkeit von 50 km/h. Die fahren über die Landstraße damit und die Autos, die an ihnen vorbeifahren, die fahren im besten Fall 100 km/h, eher mehr. Das ist eine sehr, sehr gefährliche Situation. Ein Vorschlag eines Jugendlichen war, wenn die Geschwindigkeit auf 80 km/h abgesenkt würde auf den Landstraßen, dann wäre dieses Geschwindigkeitsdelta zwischen der, die 50 km/h fährt und den Autos, die 80 km/h fahren, nicht mehr so bedrohlich und würde



auf jeden Fall dem Sicherheitsgefühl zuträglich sein. Ganz konkrete Maßnahme, die leicht umzusetzen wäre, sage ich jetzt mal als Wissenschaftler.

Die Frage nach der Job-Wahl, die ist nicht ganz so einfach zu beantworten, weil ich die Interviews, die ich jetzt geführt habe, nicht in diesen Übergangsphasen geführt habe. Wir haben mit Jugendlichen gesprochen, die zur Ausbildung in näher gelegene Mittelstädte oder Großstädte fahren, aber immer noch pendeln. Da funktioniert so ein Ausbildungsbusverkehr zu bestimmten festgelegten Zeiten früh morgen und nachmittags, abends. Das funktioniert in der Regel. Dass Menschen in Universitätsstädte gehen und dann eine Universitätsausbildung aufnehmen, das gehört glaube ich zum Lebenslauf. Ich würde auch, sage ich mal, dieses Rauskommen aus ländlichen Räumen oder aus Dörfern auch grundsätzlich gar nicht so negativ beurteilen wie das hin und wieder auch dargestellt wird. Ich hatte vorhin von den Perspektiven gesprochen. Ich denke und das haben wir auch in Interviews gehabt, jungen Menschen Perspektiven zu geben, mal was anderes zusehen als das, was sie gewohnt sind, rauszukommen, eventuell auch mal Praktika im Ausland oder in einem anderen Bundesland oder wo auch immer zu machen, das eröffnet Perspektiven, gibt neue Ideen. Auch einmal darüber nachzudenken, was könnte ich denn noch mit meinem Leben machen, wenn ich was anderes sehe?

Das ist jetzt keine konkrete Antwort jetzt auf Ihre Frage, aber steht denke ich doch ausreichend im Zusammenhang damit.

Die **Vorsitzende**: Ja, ich bedanke mich auf jeden Fall.

Ich gucke mal, wenn es hier keine weiteren Nachfragen gibt. Wir sind ja auch eigentlich schon wieder am Ende unserer Zeit angelangt. Ich danke Ihnen für Ihre Vorträge und auch für Ihre Antworten auf unsere Fragen. Das Thema „Kinderarmut“ wird uns auch in der nächsten KiKo Sitzung noch beschäftigen und es wird uns hoffentlich auch noch sehr intensiv diese Legislaturperiode beschäftigen. Wir versuchen natürlich, da so viele Informationen zusammenzutragen wie es nur möglich ist, damit wir dann auch gut voran gehen können und eine Lösung gegen die Kinderarmut finden können und versuchen können, dem ein Stück weit entgegenzutreten und auch wirklich dann am Ende eine Verbesserung zu erzielen.

Von daher vielen herzlichen Dank für Ihre Ausführung. Das hilft uns sehr. Ich hoffe, wir sehen uns bei Gelegenheit nochmal wieder und können vielleicht nochmal in den Austausch treten. Das war auf jeden Fall sehr interessant und auch sehr hilfreich.

Vielen Dank.

Ich wünsche Ihnen allen noch einen schönen Tag. Für Sie, kommen Sie gut nach Hause und hier noch einen weiteren schönen Arbeitstag. Wir sehen uns spätestens dann in der nächsten Sitzungswoche. Ihnen alles Gute, vielen Dank. Ich schließe die Sitzung.

Schluss der Sitzung: 16.26 Uhr

*Sarah Lahrkamp*

Sarah Lahrkamp, MdB  
**Vorsitzende**